

Stand: 18.02.2026 22:33:28

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/656

"Höfesterben entschlossen entgegentreten: Keine weitere Aushöhlung der bayerischen Verfassung dulden!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/656 vom 12.03.2024
2. Beschluss des Plenums 19/715 vom 13.03.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 13.03.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier** und **Fraktion (AfD)**

**Höfesterben entschlossen entgegentreten:
Keine weitere Aushöhlung der bayerischen Verfassung dulden!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Landesebene mehr Mittel für die Landwirtschaft bereitzustellen und die in der bayerischen Verfassung verankerten Grundsätze konsequent einzuhalten. Hierzu sind folgende Punkte der Verfassung besonders zu beherzigen:

Art. 163

(3) Das bäuerliche Eigentum an Grund und Boden wird gewährleistet.

(4) ¹Bauernland soll seiner Zweckbestimmung nicht entfremdet werden. ²Der Erwerb von land- und forstwirtschaftlich genutztem Boden soll von einem Nachweis der Eignung für sachgemäße Bewirtschaftung abhängig gemacht werden; er darf nicht lediglich der Kapitalanlage dienen.

Art. 164

(1) Der landwirtschaftlichen Bevölkerung wird durch Anwendung des technischen Fortschritts auf ihren Lebensbereich, Verbesserung der Berufsausbildung, Pflege des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und Förderung der Erzeugung und des Absatzes ein menschenwürdiges Auskommen auf der ererbten Heimatscholle gewährleistet.

(2) ¹Ein angemessenes landwirtschaftliches Einkommen wird durch eine den allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen entsprechende Preis- und Lohngestaltung sowie durch Marktordnungen sichergestellt. ²Diesen werden Vereinbarungen zwischen den Organisationen der Erzeuger, Verteiler und Verbraucher zugrundegelegt.

Art. 165

Die Überschuldung landwirtschaftlicher Betriebe ist durch die Gesetzgebung möglichst zu verhindern.

Begründung:

Die Verfassung bekennt sich zum Bauernstand als tragende Säule der Gesellschaft im Freistaat. Dennoch werden unsere Verfassungsgrundsätze aufgrund der sich rasant entwickelnden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen immer stärker ausgehebelt. Durch den Strukturwandel in der Landwirtschaft etwa wird das bäuerliche Eigentum an Grund und Boden bedroht. Mit der voranschreitenden Energiewende und dem diesbezüglichen Ausbau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen steht die traditionelle Landwirtschaft zudem in direkter Flächenkonkurrenz zu den wachsenden Ausbauzielen. Da viele Projekte der Energiewende investorengetrieben sind, droht eine

großflächige Zweckentfremdung landwirtschaftlicher Flächen, die nun indirekt als Kapitalanlageflächen herhalten müssen.

Immer weiterwachsende gesellschaftliche Anforderungen an das Tierwohl und die Bewirtschaftung machen Investitionen zunehmend zu einem Würfelspiel. Die Planungshorizonte verschieben sich beinahe jährlich. Langfristige Investitionen sind damit erheblich gefährdet. Die Chefin des Thünen-Instituts für Betriebswirtschaft, Prof. Dr. Hiltrud Nieberg warnte schon vor einigen Jahren vor dem Ausmaß dieser katastrophalen Entwicklung als sie sagte: „Ein junger Landwirt, der heute einen neuen Schweinestall bauen will, hat ein Risiko von 50 Prozent, eine Fehlinvestition zu tätigen.“ Die Rückgänge der Schweineerzeuger in Bayern bestätigen diese Annahmen. Mit dem Anstieg der Bürokratie und praxisferner Vorgaben, sind auch die Verbindlichkeiten der Landwirte gewachsen. Und das um etwa 50 Prozent alleine in den letzten 10 Jahren, auf mittlerweile fast 3.000 Euro je Hektar.

Die Verschuldungsrate bezogen auf die Betriebsfläche ist in den vergangenen 15 Jahren deutschlandweit nahezu explodiert. Besonders stechen hierbei die Milchbauern hervor. Dennoch fordert die Politik ein Ende der Anbindehaltung und erhebt weitere Tierwohlanforderungen. Dies stellt einen massiven Verstoß gegen die bayerische Verfassung dar, die dazu mahnt, betriebliche Überschuldung durch entsprechende Gesetzgebung möglichst zu verhindern und unseren Landwirten ein menschenwürdiges Auskommen zu ermöglichen.

Um eine weitere Aushöhlung unserer bayerischen Verfassung zu verhindern und negativen gesellschaftlichen Trends entgegenzutreten, braucht es massive Investitionen in unsere Landwirtschaft anstatt förmlicher Lippenbekenntnisse. Wirtschaftsschädigende Vorgaben aus Berlin und Brüssel sind stärker als bislang durch den Landeshaushalt abzufedern. Denn Bayern ist den ländlichen Regionen und seinen Landwirten verpflichtet. Die bayerische Verfassung muss mehr sein als nur ein Bekenntnis. Es darf nicht genug sein, immer nur mit dem Finger auf Brüssel und Berlin zu zeigen. Unsere Verfassung verpflichtet uns, auch vor der eigenen Haustüre zu kehren.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn, Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)

Drs. 19/656

Höfesterben entschlossen entgegentreten: Keine weitere Aushöhlung der bayerischen Verfassung dulden!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Ralf Stadler

Abg. Sebastian Friesinger

Abg. Mia Goller

Abg. Johann Groß

Abg. Ruth Müller

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Zur weiteren Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Höfesterben entschlossen entgegentreten: Keine weitere Aushöhlung der bayerischen Verfassung dulden! (Drs. 19/656)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Ralf Stadler das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Herr Präsident, werte Kollegen und Gäste auf der Besuchertribüne! Bauernstand ist Ehrenstand, möchte man meinen. Doch im Freistaat Bayern schaut die Realität ganz anders aus. Wenn man sich die Statistiken der letzten zehn Jahre zum Höfesterben mal genauer anschaut, fragt man sich, warum die Bayerische Staatsregierung hier eigentlich nichts unternimmt. Stattdessen lautet die Devise des angeblichen Strukturwandels: immer mehr und immer größer. – Frau Kaniber ist heute nicht einmal da, beim ersten Bauern-Antrag.

Seit 2013 mussten in Bayern 11.740 landwirtschaftliche Betriebe aufgeben. Warum? – Weil der Freistaat Bayern nicht in der Lage ist, die Grundsätze seiner eigenen Verfassung einzuhalten. Deren Original verstaubt übrigens in der Vitrine eines US-Veteranen, und auf Schloss Herrenchiemsee findet sich nur noch eine Kopie.

In Artikel 164 der Bayerischen Verfassung heißt es: "Ein angemessenes landwirtschaftliches Einkommen wird durch eine den allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen entsprechende Preis- und Lohngestaltung sowie durch Marktordnungen sichergestellt." Dieser Auftrag, den uns die Verfassung hier mitgegeben hat, muss aber auch umgesetzt werden, meine Damen und Herren! Die Staatsregierung wollte auf unsere Initiative hin nicht einmal eine Definition kleinbäuerlicher Landwirtschaft vornehmen. Stattdessen führt sie auf, wie toll es den Bauern in Bayern geht. Wahrscheinlich sind

die Bauerndemonstrationen für sie nur Huldigungszeremonien und ein bequemer Anlass, um mit dem Finger nach Berlin zu zeigen.

Das eigentliche Problem liegt doch klar auf der Hand: Solange sämtliche landwirtschaftlichen Betriebsformen in einen Topf geworfen werden, haben die kleinsten unter ihnen das Nachsehen, und das Höfesterben geht ungehindert weiter. Obwohl die Landwirtschaft laut Bayerischer Verfassung auch Ländersache ist, hat man diese seit Jahrzehnten schleifen lassen. Aus eigenständigen kleinbäuerlichen Landwirten entstand durch eine katastrophale Politik ein Flickenteppich aus Nebenerwerbslandwirtschaften. So sieht es aus! Dabei sollten laut unserer Bayerischen Verfassung kleinbäuerliche Betriebe aus eigener Kraft und auf eigenem Grund und Boden überleben können.

Die Staatsregierung nimmt aber nicht nur die Überschuldung unserer Landwirte in Kauf, sondern auch, dass bayerische Lebensmittel immer teurer werden. In Artikel 163 der Bayerischen Verfassung werden in Absatz 3 die ursprünglichen Verhältnisse in der Landwirtschaft thematisiert, nämlich, dass das bäuerliche Eigentum an Grund und Boden gewährleistet wird, also, dass Grund und Boden in der Hand von Landwirten sind und verbleiben sollen. Auch die Spekulation mit wertvollen Acker- und Grünflächen ist nicht zulässig. Aber die Realität sieht auch hier anders aus; denn die Flächenkonkurrenz nimmt immer weiter zu, und Investoren wissen dies zu nutzen. Ein normaler landwirtschaftlicher Betrieb kann sich schon lange keine landwirtschaftlichen Flächen mehr leisten, geschweige denn diese pachten.

Die gemeinsame Agrarpolitik der EU, aber auch die Landwirtschaftspolitik der Staatsregierung haben maßgeblich zu dieser negativen Entwicklung beigetragen und damit gegen die Grundsätze zum Schutz der Landwirtschaft in der Bayerischen Verfassung verstoßen. Um eine weitere Aushöhlung unserer Bayerischen Verfassung zu verhindern und negativen gesellschaftlichen Trends entgegenzutreten, braucht es strukturierte Investitionen in unsere Landwirtschaft statt staatlicher Bauernpropaganda im "Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt." Wirtschaftsschädigende Vorgaben

aus Berlin und Brüssel sind stärker als bislang durch den Landeshaushalt abzufedern. Der Freistaat Bayern ist den ländlichen Regionen und seinen Landwirten verpflichtet.

Wir und der neugegründete Bauernverband, der Interessenverband kleinbäuerliche Landwirtschaft Bayern – kurz IKL –, fordern daher, die Mittel für die Landwirtschaft endlich gezielt und nicht nach dem Gießkannenprinzip bereitzustellen, um die in der bayerischen Verfassung verankerten Grundsätze konsequent einzuhalten. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft benötigt dabei eine besondere Unterstützung. Tradierte Methoden der Tierhaltung wie die Anbinde-Kombihaltung gilt es fortzuführen und weiterzuentwickeln. Die traditionelle kleinbäuerliche Landwirtschaft ist ein bayerisches Kulturgut und muss notfalls über den bayerischen Kulturfonds erhalten werden. Künstliche Wettbewerbsverzerrung und der Einfluss von Großhandelsketten müssen schrittweise reduziert werden. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft muss wieder einen auskömmlichen Lohn erwirtschaften können. Langfristige Anreize für die Hofnachfolger müssen natürlich auch her. Regionalität muss bei der Förderung das entscheidende Charakterisierungsmerkmal sein, nicht die Frage, ob konventionell oder ökologisch. Nur so können wir dem Höfesterben gemeinsam rasch und langfristig entgegenwirken.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Herr Kollege Sebastian Friesinger.

Sebastian Friesinger (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses, werteste Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Forderung der AfD nach mehr Mitteln ist sehr durchsichtig. Jeder, der sich in unserem Land mit Landwirtschaft befasst, weiß, dass es ein bisschen anders aussieht. Man will hier mit billigen Parolen die große Aufgabe herunterziehen, mit der Landwirtschaft in Gänze verbunden ist, zum Beispiel mit Ernährung, Umwelt und Verbraucherwohl. Genau an dieser großen Vielfalt arbeitet unser Ministerium in Bayern seit Jahren. Natürlich brauchen wir hier in Bayern aber in Zukunft vielleicht mehr Entlastung für die

Landwirtschaft. Dies wäre auch eine Forderung meinerseits. Bauernland befindet sich gemäß Artikel 163 der Bayerischen Verfassung zum Großteil in der Hand des Bauern. Dem ist auch heute noch so, über Generationen hinweg. Es gehört sich, bei der Übernahme zu sagen, dass man der nächsten Generation weitergibt, was man von den Eltern erbt. Für uns ist die Regelung nach dem Grundstückverkehrsgesetz wichtig, dass Boden und Vorkaufsrecht für Siedlungsträger und landwirtschaftliche Betriebe vorhanden sind.

Im Landtag fand 2021 eine Expertenanhörung statt, die den landwirtschaftlichen Bodenmarkt betraf. Das Ergebnis war, dass hier kein Handlungsbedarf besteht. Für mich ist es sehr wichtig, Eigenverantwortung in der Landwirtschaft zu fördern und diese stets voranzutreiben. Wir haben eine hervorragende junge Generation, die bereit ist, sich ausbilden zu lassen. Sehr gute Bildungswege sind dafür vorhanden, bei denen mit Spezialisierung und Wachstum darauf geachtet wird, dass unsere Landwirtschaft hier in Bayern gut vorankommt. In der Landwirtschaft ist man wie jede andere Branche am technischen Fortschritt beteiligt. Ebenso steht jedem eine allgemeine schulische Ausbildung und eine Ausbildung an fachspezifischen Berufs- und Fachschulen, Hochschulen und Universitäten zu. Erzeugung und Vermarktung sind bei uns natürlich im Spektrum der Förderung. Direktvermarktung und Regionalität werden hier seit Jahren unterstützt. Ebenso werden landwirtschaftliche Selbsthilfeinrichtungen, das LKV und das "Landeskuratorium für pflanzliche Erzeugung in Bayern" gefördert.

Überschuldung in der Landwirtschaft, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, gibt es natürlich. Diese ist ein großes Problem. Aber Überschuldung gibt es auch im privaten Gewerbe und im privaten Raum. Nur haben wir in der Landwirtschaft mit der Schuldenberatung Wege gefunden, um dem entgegenzustehen, genauso wie es in Zukunft noch wichtiger werden wird, gesundheitliche Hilfestellung gegen Überlastung zu leisten.

Die gesellschaftliche Forderung nach mehr Tierwohl unterstützt Bayern mit dem Programm "BayProTier" oder Investitionsförderung. Wir brauchen hier keine Vorschriftpolitik, sondern wieder Eigenverantwortung, die man dem Landwirt geben muss.

Durch seine gute Ausbildung ist diese Möglichkeit vorhanden. Auch wir fördern Bürokratieabbau und arbeiten in Bayern intensiv an der Einbindung der Praxis. Der neu gegründete Praxisrat ist hier lobend zu erwähnen. Ein großes Dankeschön unserer Ministerin Michaela Kaniber!

(Beifall bei der CSU)

Für mich ist eine datumbezogene Regelung in der Landwirtschaft der falsche Weg, ob dies Anbindehaltung oder Kombihaltung ist. Bei der Kombihaltung ist es noch viel schlimmer! Anbindehaltung wird seit 1986 nicht mehr gefördert. Das hört irgendwann auf. Aber lassen wir doch den 63- oder 64-Jährigen noch die Chance, das Lebenswerk zu vollenden. Dann ist der Betrieb wahrscheinlich sowieso für eine andere Sache bereit. Walzen hängt für mich auch nicht mit einem Datum zusammen, sondern mit der Witterung und Bodenbeständigkeit in diesem Zeitraum.

Landwirtschaft funktioniert! Dies merkt man in Bayern mit 139 Milliarden Euro Umsatz. In der Forst- und Holzwirtschaft mit 40 Milliarden Euro Umsatz gilt dies genauso. Bayern ist ein Ökoland. Hier sind wir Nummer 1! Nicht zu vergessen: Wir arbeiten in der Landwirtschaft auch noch freiwillig zusammen, siehe Zukunftsvertrag über 120 Millionen Euro. Wichtiger ist für mich, vielleicht die Gängelungen des Bundes zurückzufahren, der einem in der Landwirtschaft immer wieder vorschreibt, was man eigentlich zu tun hat. Ich glaube, hier wäre – das habe ich schon ein paar Mal gesagt – Eigenverantwortung das Ziel.

In Bayern haben wir weniger Strukturwandel als anderswo. Dies hat auch seine Gründe. Trotzdem brauchen wir Planungssicherheit. Das mangelnde Vorgehen und Handeln in der Bundespolitik stehen dem entgegen. Wir fördern Bürokratieabbau und – das unterstreiche ich nochmals – Eigenverantwortung.

Der Antrag der AfD lässt die Landwirte wie Bittsteller aussehen und ist rückwärtsgewandt. Er bietet keinerlei Lösung für irgendein anstehendes Problem. Aus diesem Grund ist der Antrag für mich abzulehnen.

Die CSU in Bayern steht seit Jahrzehnten an der Seite der Bauern, sie steht für ein wirtschaftliches Auskommen und für gleichwertige Lebensverhältnisse. Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Ralf Stadler vor.

Ralf Stadler (AfD): Herr Friesinger, wie wichtig Ihnen und der CSU die Landwirte sind, sieht man daran, dass heute nicht einmal die Landwirtschaftsministerin Frau Kaniber anwesend ist.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

So schaut es aus. Aber, 1980 – –

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

– Sie sind jetzt still, ich rede. 1980 lag der Anteil der Pachtflächen an der gesamten Landwirtschaftsfläche noch bei 20 %, heute sind es mehr als 50 %. Der Kaufpreis für landwirtschaftlich genutzte Flächen hat sich in den letzten 20 Jahren in etwa verdreifacht. Schaut für die CSU und die FREIEN WÄHLER so eine gute landwirtschaftliche Entwicklung aus? Das war eine Frage.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): So ein Schwachsinn!)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege.

Sebastian Friesinger (CSU): Zwei ganz kurze Antworten hierzu: Pachten heißt bewirtschaften. Das hat es früher gegeben, und das wird es auch in Zukunft geben.

Zur Ministerin: Auch Ministerinnen und Minister haben Planungen und einen Terminkalender. Ich habe erst gestern Abend um 18:00 Uhr von Ihrem Antrag erfahren.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Die Zwischenbemerkung ist erledigt. Ich rufe als nächste Rednerin Frau Kollegin Mia Goller auf.

Mia Goller (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD hat sich mit der Bayerischen Verfassung beschäftigt. Als ich das gestern Abend gehört habe, war ich zunächst sehr gespannt, was dabei herausgekommen ist. Als ich dann den Antrag gelesen hatte – na ja, Enttäuschung ist das falsche Wort –, war klar, dass wir eigentlich nichts anderes erwartet hatten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Lachen der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER) – Anna Rasehorn (SPD): So schaut es aus!)

Wir haben es mit einem klassischen Antrag der AfD-Fraktion zu tun. Der Antrag enthält eine Forderung, mit der Sie die Menschen vielleicht blenden können, die aber keinerlei Substanz hat. Sie fordern mehr Geld für die Bauern. Jedoch steht im Antrag kein Wort darüber, wie viel mehr Geld für welche konkreten Projekte Sie verlangen. Die Arbeit sollen nämlich dann die anderen machen, nicht die AfD. Es geht Ihnen nicht um das Thema, es geht Ihnen eigentlich nur um Ihre eigene Show.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich kann Ihnen eines sagen: Die Landwirtinnen und Landwirte in Bayern lassen sich von so einem Schmarrn nicht beeindrucken. Sie haben bei ihren Protesten auf die AfD verzichten können, und sie werden sich auch in Zukunft ganz genau anschauen, wer es mit der Landwirtschaftspolitik wirklich ehrlich meint.

(Widerspruch bei der AfD)

Jetzt ist die Zeit, ins Detail zu gehen. Merkt auf, das ist wichtig! Politik muss zusammen mit den Bäuerinnen und Bauern, mit den Machern vor Ort herausfinden, wie die Bürokratie abgebaut werden kann, wie digitale Lösungen echte Erleichterung bringen, wie wir endlich Planungssicherheit bekommen, wie wir gemeinsam dem Klimawandel begegnen und zusammen eine saubere Energiewende hinbekommen. Wir müssen zusammen Wege finden, wie wir unsere schöne bayerische Landschaft erhalten und die wunderbare Natur retten können.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Windräder!)

Ihr könnt euch sicher sein, die demokratischen Parteien in diesem Hause sind an diesen Themen dran.

(Widerspruch bei der AfD)

Es gibt übrigens einen ganz schönen Antrag der GRÜNEN zum Thema "Bauernland in Bauernhand". Dieser wurde im Parlament zwar erst mal abgelehnt, aber wir GRÜNE sind zäh, wir bleiben weiter an dem Thema dran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Kampf gegen den Flächenfraß in Bayern bleibt ebenfalls stabil: Fünf Hektar am Tag sind unsere Obergrenze.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich war gerade mit Katha Schulze am Stachus und habe den Herrschinger Grundkurs besucht: 50 junge Bäuerinnen und Bauern aus ganz Bayern machen mitten in München eine richtig gute Öffentlichkeitsarbeit und kommen mit den Münchnern ins Gespräch. Das sind kluge junge Leute vom Land, die sich für eine sichere Zukunft engagieren und für mehr Miteinander. Die brauchen keine rechten Chaoten, die nur schreien und keine vernünftigen Lösungen bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich fasse zusammen: Der Antrag ist schlecht gedacht, schlecht gemacht, und die AfD hat kein Interesse an der Landwirtschaft. So etwas braucht einfach kein Mensch. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist der Kollege Johann Groß.

Johann Groß (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Besucher! Dieser Antrag ist mal wieder ein typischer AfD-Antrag, der vermeintlich einfache Lösungen anbietet, jedoch bei näherer Betrachtung keinerlei Überprüfung standhält.

Ich möchte betonen, dass wir die Anliegen unserer Landwirte ernst nehmen und ihre wichtige Rolle im ländlichen Raum anerkennen. Mit dem Zukunftsvertrag zur Landwirtschaft in Bayern, der zwischen der Bayerischen Staatsregierung und dem Bayerischen Bauernverband unterzeichnet wurde, ist ein wichtiges Dokument geschaffen worden, das darlegt, wie wichtig uns die bayerische Landwirtschaft ist. Er legt konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Land- und Ernährungswirtschaft in Bayern fest. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass dieser Zukunftsvertrag in den Koalitionsvertrag aufgenommen wird, damit er möglichst schnell umgesetzt wird. Wir unterstützen dabei unsere Landwirtschaftsministerin mit Rat und Tat, damit die Umsetzung auch möglichst unbürokratisch bei den Landwirten ankommt.

Die Landwirtschaft ist das Herzstück des ländlichen Raumes und die Basis der bayerischen Kultur. Unsere Bauernfamilien sind standorttreue Unternehmer, die für Stabilität und Wirtschaftskraft sorgen. Die Landwirtschaft hat für Bayern eine besondere Bedeutung und ist die Grundlage unserer Ernährung und das Fundament unseres Wohlstandes und der Schönheit unserer Heimat. Gleichzeitig trägt sie aufgrund ihrer engen Verbindung mit Natur und Umwelt sowie der Nutzung natürlicher Ressourcen und dem Umgang mit Nutztieren eine besondere Verantwortung.

Sie wissen doch selbst, dass kein anderes Bundesland so viel Geld für die heimische Landwirtschaft bereitstellt wie Bayern: In Bayern sind das über 500 Euro pro Hektar. Bauernland befindet sich in Bayern zu 95 % im Eigentum natürlicher Personen, Großinvestoren spielen also nur eine sehr geringe Rolle. Ebenso kann man nicht von einer Überschuldung der Landwirtschaft sprechen; denn es kommt nur überaus selten vor, dass Landwirte ihre Verbindlichkeiten nicht bedienen können. Das geschieht vor allem aus persönlichen, aber nicht strukturellen Gründen.

Wir dürfen jedoch nicht vergessen, dass die Umsetzung von Maßnahmen Zeit und Ressourcen erfordert. Wir müssen sicherstellen, dass die berechtigten Interessen der Landwirte auch finanziert werden können. Ein überstürztes Vorgehen würde langfristig mehr Schaden als Nutzen bringen.

Sie versuchen wieder einmal, mit einem vermeintlich pro landwirtschaftlichen Antrag, billigste Bauernfängerei zu betreiben. Der Antrag ist jedoch vollkommen inhaltslos und nicht zielführend. Sie sollten überlegen, ob Sie den Antrag nicht am besten zurückziehen oder ihn hier für erledigt erklären, da wir zu unserer Verfassung stehen. Es ist geradezu lächerlich, wenn Ihre Fraktion uns zur Verfassungstreue aufruft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bei uns gibt es keine Bedenken, dass wir nicht auf dem Boden der Bayerischen Verfassung stehen würden und diese nicht die Basis unseres politischen Handelns wäre. Sie spielen sich hier als Retter der Landwirtschaft auf, aber wenn es nach Ihnen gehen würde, würden Sie unsere bayerische Landwirtschaft doch vollkommen zerstören. In Ihrem Grundsatzprogramm heißt es wörtlich:

"Unsere Mittelstandspolitik ist Ordnungspolitik. Die AfD lehnt Subventionen generell ab. Wir wollen gleiche Regeln für alle – ob groß, ob klein, in jeder Branche."

Daher lehnen wir den Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Ralf Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Lieber Herr Groß, bei unserem Abgeordnetengehalt muss doch ein Rhetorikkurs drin sein. Aber nach diesem Gestammel, das Sie soeben gebracht haben,

(Unruhe – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Pfui! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Pfui!)

möchte ich ganz klar wissen, was Sie davon halten: Wo kommt denn der Nebenerwerbslandwirt her? Der muss doch von irgendwoher kommen.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): So was sagt man einfach nicht! – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Unglaublich!)

Den hat doch Ihre Staatsregierung geschaffen, oder? Wie stehen Sie denn dazu? Auf geht's!

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Schämen Sie sich!)

Johann Groß (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, ich habe jetzt nicht verstanden, was er will. War das eine Frage?

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Stadler, für Ihre Aussage "Gestammel" rüge ich Sie hiermit ausdrücklich.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU, der GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Groß, Sie haben das Wort.

(Unruhe)

Johann Groß (FREIE WÄHLER): Ich habe keine Frage gehört.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege Groß, Sie müssen nicht auf diese Zwischenbemerkung antworten.

Johann Groß (FREIE WÄHLER): Danke.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Als Nächste hat die Kollegin Ruth Müller für die SPD-Fraktion das Wort.

Ruth Müller (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Danke für diesen Antrag, der für sich gesehen zwar Quatsch ist, aber die Gelegenheit für eine Verfassungsviertelstunde im Bayerischen Landtag bietet.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Man muss die historischen Fakten kennen, damit man sich nicht so undifferenziert über unsere wunderbare Bayerische Verfassung äußert.

Der 9. März 1933 war der Tag der Machtergreifung in Bayern. Am 29. April 1933 stimmte der Bayerische Landtag dem Ermächtigungsgesetz zu. Lediglich die Sozialdemokraten stimmten dagegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Der ehemalige Ministerpräsident Horst Seehofer nannte dies "eine historische Sternstunde der Sozialdemokratie in Bayern". Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wurden verfolgt, verhaftet, ermordet oder gingen ins Exil, wie zum Beispiel Wilhelm Hoegner.

1945 kehrte Wilhelm Hoegner aus der Schweiz zurück und hatte die Grundlagen für unsere Bayerische Verfassung im Gepäck. Sie beginnt mit der Präambel:

"Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkrieges geführt hat [...]".

In dieser Präambel stehen Begriffe, die für die AfD Fremdwörter sind: Demokratie, Würde des Menschen, Gewissen, Menschlichkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wer den "Karnickeln in den Parlamenten den notwendigen Nackenschlag versetzen" will, wer davon spricht, Menschen zu "entsorgen", oder sich einen "Bürgerkrieg mit Millionen von Toten" wünscht, sollte, bevor er die Bayerische Verfassung zitiert, die Bayerische Verfassung erst einmal lesen und nach ihr handeln.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜ-NEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn Sie aus der Bayerischen Verfassung zitieren, um damit den Anschein zu erwecken, wenn man nur auf sie zurückgriffe, wäre das Höfesterben in Bayern gestoppt, irren Sie sich. Eine Partei, die so europafeindlich ist wie Ihre,

(Matthias Vogler (AfD): EU-feindlich!)

verkennt, dass unsere bäuerlichen Betriebe von freien Absatzmärkten, von Subventionen und auch von der Freizügigkeit im Arbeitnehmerbereich profitieren.

Im Übrigen steht in Artikel 3a unserer Bayerischen Verfassung, dass sich Bayern zu einem geeinten Europa mit demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen bekennt. Sie dagegen lehnen in Ihrem Grundsatzprogramm Subventionen generell ab, und zwar in jeder Branche. Sie wollen mehr Wettbewerb statt Subventionen nach dem Gießkannenprinzip.

In Artikel 3 Absatz 1 der Bayerischen Verfassung steht, dass Bayern ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat ist, der dem Gemeinwohl dient. Dieses Gemeinwohl gilt es zu schützen – beispielsweise vor den Folgen des Klimawandels, den Sie auch leugnen. Sie stellen den Ausbau der erneuerbaren Energien als schädlich für die Landwirtschaft dar.

Zusammenfassend kann man sagen, dass Sie nicht die Landwirtschaft schützen wollen, sondern dass unsere bäuerlichen Familienbetriebe, unsere Demokratie, unsere Werte und unsere Art des Zusammenlebens vor Ihnen geschützt werden müssen. Genau das machen wir als SPD seit über 160 Jahren.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden das auch weiterhin mit all unserer Kraft und all unserer Leidenschaft tun. Darauf können Sie sich verlassen. Darauf können sich auch alle Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Beruf, ihrer Religionszugehörigkeit oder ihrem Geschlecht verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/656 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der GRÜNNEN und der SPD. Stimmehaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.